

Die neue Zeit
Schriften zur Neugestaltung Deutschlands

E. Günther

**Wie steht es um die
deutsche Volkswirtschaft?**



Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

Die neue Zeit

Schriften zur Neugestaltung Deutschlands

Was muß die deutsche Frau von der politischen Lage wissen? Von Prof. Dr. E. Spranger. 2. Aufl. Geh. M. -.80

Die Schrift ist bestimmt, den deutschen Frauen auf kleinstem Raume die Tatsachen bekannt zu machen, die sie vor Ausübung des Wahlrechts kennen müssen, und sie mit dem Bewußtsein der großen Verantwortung zu erfüllen, die die kommenden Ereignisse ihnen auferlegen werden.

Wann u. wie kann man sozialisieren?

Von Dr. M. Brahn. Geh. M. -.80

Will, aus Vorträgen und Ansprachen unter Arbeitern hervorgegangen, unter Ausschaltung aller theoretischen Erörterungen, eine Verständigung über die Folgen anbahnen, die eine sofortige Sozialisierung für das deutsche Volk und somit auch für die Arbeiter haben würde, andererseits zeigen, wie der ihnen gebührende Anteil an politischer Macht und wirtschaftlichem Wohlergehen ohne gefährliche Experimente gesichert werden kann.

Wie steht es um die deutsche Volkswirtschaft? Von Dr. E. Günther. Geh. ca. M. -.80

Die Schrift gibt in gedrängter Kürze ein Bild unserer wirtschaftlichen Lage nach dem Kriege und der Hauptaufgaben, die unserer harrten, und zeigt, daß nur Arbeit, planmäßiges Zusammenarbeiten von Behörden, Unternehmern und Arbeitern uns vor dem völligen Zusammenbruch retten kann.

Des deutschen Bürgertumes Schicksalsstunde. Von Dr. E. Eick. Geheftet ca. M. -.80

Weist die Ursachen des Widerpruches zwischen der großartigen wirtschaftlichen Leistung des deutschen Bürgertums und seiner politischen Bedeutungslosigkeit auf und zeigt die ihm jetzt gestellte Aufgabe: Wahrung der bürgerlichen Kultur gegen die drohende Vergewaltigung durch den sozialistischen Zwangsstaat im Zeichen des Rechtes, dessen Anerkennung als entscheidende Macht im Innern und nach außen es zu betätigen und zu fordern hat, wobei es zugleich Träger des nationalen Gedankens bleiben muß.

Die neuen Parteiprogramme mit den Lehren der alten Parteien zusammengestellt. Von Professor Dr. J. Salomon. Geheftet M. 1.50

Bietet das nötige Material zur Vorbereitung auf die Wahlen, nötige Einblick in die Bestrebungen der eigenen Partei und in die der anderen. Gruppierung, Inhaltsverzeichnis und Register erleichtern die Übersicht. Zugleich bieten die programmatischen Kundgebungen d. beste Material für die politische Aufklärung.

Die Landfrage. Von Dr. J. Darmstaedter-Helversen. Geh. ca. M. -.80

Die Schrift beleuchtet die Frage der Grundbesitzverteilung, der Notwendigkeit einer Verringerung des Großgrundbesitzes und einer tatkräftigen Bauernsiedlung und Bauernpolitik, im Hinblick auf die durch den unglücklichen Abschluß des Krieges gebotene Dringlichkeit einer großzügigen Landreform und in Auseinandersetzung mit dem sozialdemokratischen Landprogramm.

Die Einheitschule. Von Direktor Dr. A. Buchenau. Geh. ca. . . . M. -.80

Erörtert Grundlagen, Wesen und Organisation der 'Einheitschule', deren Aufgabe es ist, in einheitlichem Aufbau des gesamten Bildungswesens dafür zu sorgen, daß nach Möglichkeit jedes Kind den seiner Begabung und Neigung am besten entsprechenden Weg findet, daß keine Kraft um ihre rechte und rechtzeitige Entfaltung gebracht wird, wobei auch das Interesse der höheren Bildung, das zusammenfällt mit dem der höheren Kultur, entsprechend zu wahren ist.

Trennung von Staat und Kirche. Von Geh. Rat Prof. Dr. O. Mayer. Geh. ca. M. -.80

Die Schrift sucht klarzustellen, was bei der gegenwärtig aufgeworfenen Frage unter Trennung von Kirche und Staat zu verstehen ist und welche schwerwiegenden Folgen sich im einzelnen daran knüpfen würden. Sie tritt ein für die Verhinderung der Form der Volkstirche samt dem dieser entsprechenden Besteuerungsrecht und für den unbedingten Fortbestand der theologischen Fakultäten.

Weitere Hefte in Vorbereitung

Preise bei größeren Bezügen (bei Einzelpreis von ca. M. -.80): 25 Expl. je ca. M. -.70, 50 Expl. je ca. M. -.65, 100 Expl. je ca. M. -.60, 250 Expl. je ca. M. -.55, 500 Expl. je ca. M. -.50. Bei anderem Einzelpreis entsprechend

Siehe Preisverzeichnisse des Verlages und der Buchhandlungen

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Die neue Zeit
Schriften zur Neugestaltung Deutschlands

Wie steht es um die deutsche Volkswirtschaft?

Von

Dr. Ernst Günther

Privatdozent an der Universität Gießen



Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 1919

ISBN 978-3-663-15187-6 ISBN 978-3-663-15750-2 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-663-15750-2

Alle Rechte, einschließlich des Übersetzungsrechts, vorbehalten.

Der Weltkrieg und die Revolution haben nicht nur das alte staatliche und gesellschaftliche Gebäude Deutschlands in Trümmer geschlagen, sondern auch die deutsche Volkswirtschaft ist durch die lange Dauer des Krieges selbst und durch seinen unglücklichen Ausgang, durch die inneren und äußeren Kriegsfolgen aufs tiefste erschüttert und gefährdet worden. Wir stehen in jeder Beziehung vor einem Trümmerhaufen, und es bleibt uns nichts anderes übrig als der Versuch, aus den Bruchstücken und Trümmern des alten Deutschland, so gut es eben geht, ein neues wieder aufzubauen.

Wir werden deshalb feststellen müssen, was nach Wegräumung des Schuttes noch brauchbar ist, und ob sich überhaupt auf und aus den Trümmern wieder ein Wirtschaftsgebäude auführen läßt, das den durch den Krieg bescheidener gewordenen Lebensansprüchen eines 70-Millionen-Volkes einigermaßen zu genügen vermag. Sehen wir einmal zu, welches vor dem Kriege die Grundlagen der deutschen Volkswirtschaft waren, was davon durch den Krieg vernichtet worden ist, was für den Neubau übriggeblieben ist.

Unsere Lage vor dem Kriege: Das deutsche Land, das deutsche Kapital und die deutsche Arbeitskraft als Grundlagen der deutschen Volkswirtschaft.

Eine jede Volkswirtschaft beruht stets auf drei Grundlagen, auf der Verbindung von drei Elementen: auf dem natürlichen Reichtum des Landes selbst; auf dem, was durch die Arbeit früherer Geschlechter an Baulichkeiten, Maschinen, Apparaten und Vorräten aller Art, kurz an Kapital, vorhanden ist; und auf der Arbeitskraft der gegenwärtig lebenden Menschen.

Die Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft beruht auf dem deutschen Boden, auf dem deutschen Kapital und auf den deutschen Arbeitern im weitesten Sinne des Wortes.

Der Boden ist in doppelter Hinsicht wichtig. Einmal braucht die Landwirtschaft das Land für Wiesen und Felder, für den regelmäßigen jährlichen Anbau; und dann gewinnen wir auch aus dem Boden durch den Abbau, durch den Bergbau, unentbehrliche Rohstoffe.

Für die Landwirtschaft ist Deutschlands Boden nicht besonders begünstigt. Wir haben nicht etwa, wie Rußland in seiner berühmten Schwarzerde, große Strecken erstklassigen, fruchtbaren Bodens, oder jungfräuliches Land wie Argentinien, sondern wir haben viel unfruchtbaren Sandboden und rauhe Gebirgslagen. Und dieser schlechte Boden ist auch noch sehr knapp; auf den Kopf der Bevölkerung kommen noch nicht ganz zwei Morgen landwirtschaftlich brauchbare Fläche. Das ist natürlich nicht viel, und wir haben in diesen Jahren diese große Armut des deutschen landwirtschaftlichen Bodens am eigenen Leibe gespürt. Die deutsche Landwirtschaft versteht es zwar, aus diesem Boden herauszuholen, was überhaupt herauszuholen ist. Die Ernterträge sind bei uns höher als in irgendeinem anderen Lande. Aber trotz alledem langen sie nicht zu, um uns satt zu machen. Wir brauchen große Nahrungsmittelzufuhren vom Ausland.

Besser sieht es oder sah es doch bisher um den deutschen Boden als Rohstofflieferanten aus. Kohle und Eisen sind die Grundlagen der modernen, industriellen Tätigkeit. Wir haben in Deutschland für Steinkohlen das große Ruhrkohlenbecken, die schlesischen Steinkohlengebiete und das Saargebiet, daneben noch kleine Fundstätten, z. B. in Sachsen, die aber weniger in Betracht kommen und nicht viel Bedeutung haben. Auch mit Braunkohlen sind wir reich ausgestattet; von Thüringen bis nach Schlesien zieht sich das große mitteldeutsche Braunkohlenbecken; auch im Rheinlande sind große Braunkohlenfelder erschlossen worden, und wahrscheinlich werden noch weitere Gebiete erschlossen werden.

Unsere Kohlenversorgung ist so reichlich, daß wir nicht nur unseren eigenen Bedarf decken konnten, sondern auch in großem Umfange Kohlen bzw. Koks an das Ausland abgeben konnten. Wir führen zwar auch noch ziemliche Mengen böhmischer Braunkohlen vor allem nach Sachsen und englische Steinkohlen nach dem norddeutschen Küstengebiet ein, aber nur weil die Transportverhältnisse hier für die fremde Kohle günstiger liegen als für die deutsche. Unsere eigene Kohlenausfuhr ist viel größer, und wir könnten zur Not die fremden Kohlen entbehren.

Nach der Kohle das Eisen! Wir haben neben zahlreichen kleineren Vorkommen die altbewährten Eisenerzlager im Siegerland und die reichen luxemburgisch-lothringischen Minetteerze. Aber die eigene Förderung genügte nicht, wir waren daneben noch auf eine große Einfuhr angewiesen, wir bezogen vor dem Kriege jährlich je $4\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen Eisenerze aus Frankreich mit dem französischen Nordafrika und aus Schweden, und $3\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen aus Spanien; dazu noch — einschließlich der Manganerze — 1 Million Tonnen aus Rußland. Unsere Eisenindustrie war also schon vor dem Krieg mit ihrem Erzbezug stark vom Ausland abhängig. Neben dem Eisen stehen die anderen Metalle weit zurück. Zink haben wir im Überschuß, Blei fast für den Bedarf genug. Mit Zinn und Kupfer sind wir auf fremde Zufuhren angewiesen.

Wir haben in Deutschland außerordentlich mächtige Lager in Steinsalzen für die Ernährung und für die chemische Industrie, und wir haben vor allem die unentbehrlichen Kalilager. Wir konnten daraus unserer eigenen Landwirtschaft die für die intensive Kultur nötigen Düngesalze liefern und daneben noch in großem Umfange ausführen; wir besaßen ein Kalimonopol, Deutschland war das einzige Land, wo Kali in größerem Umfange vorkam.

Zum Boden kommt das Kapital: Vorräte, Wohngebäude und Werkstätten, Maschinerie, Apparate, um die Bodenschätze zu gewinnen und zu verarbeiten, und um unsere Arbeitskraft

bei der Verwertung fremder Rohstoffe zu unterstützen. Neben dem Arbeitmann von Fleiß und Blut stehen die eisernen Arbeiter, die Maschinen, und schaffen mit. Wer mit offenen Augen sich vor dem Krieg in Deutschland umfah, der sah, wie gut ausgerüstet es in der Beziehung war. Überall neue stattliche Gebäude für öffentliche Zwecke, Schulen, Amtsgerichte, Rathäuser und Bahnhöfe, neue Wohnhäuser; große, breite Straßenanlagen, ein dichtes Eisenbahn- und Straßenbahnnetz; die Fabriken gut ausgerüstet mit neuen, leistungsfähigen Maschinen; gefüllte Speicher.

Die im Boden schlummernden Kräfte und Schätze müssen erst durch die Menschen erweckt, die Maschinen in Tätigkeit gesetzt werden. Die Bevölkerung ist der dritte ausschlaggebende Produktionsfaktor. Die deutsche Bevölkerung hatte sich vor dem Kriege rasch vermehrt, war auf fast 70 Millionen angewachsen. Und von diesen 70 Millionen waren etwa 28½ Millionen, darunter 9 Millionen Frauen, hauptberuflich erwerbstätig. Die Arbeitskraft dieser 28½ Millionen war ein wertvoller Aktivposten der deutschen Volkswirtschaft. Die Zunahme des Reichthums Deutschlands vor dem Kriege beruhte zum guten Teil auf der Zunahme seiner Arbeitskraft, auf seinem Fleiße. Im Jahre 1885 waren es erst 17 Millionen Erwerbstätige gewesen, in 30 Jahren also ein Zuwachs um 11 Millionen. In den 80er Jahren hatten wir für den Bevölkerungszuwachs bei uns in Deutschland selbst keine Beschäftigung und Nahrung, 200—250 000 Deutsche, meist Männer im besten arbeitsfähigsten Alter, zogen damals Jahr für Jahr übers Meer, um in der Neuen Welt ihr Glück zu suchen. Aber das änderte sich bald, die deutsche Industrie entwickelte sich so, daß sie jedem Lohn und Brot geben konnte, daß niemand mehr im Ausland Arbeit suchen mußte. Wir brauchten sogar noch fremde Arbeitskräfte, um uns in unserer Landwirtschaft, unseren Bergwerken und Fabriken zu helfen.

Die deutsche Arbeitskraft hat sich nicht nur durch Geburtenüberschuß, durch den natürlichen Bevölkerungszuwachs, ver-

mehrt, sondern auch durch die Verbesserung unserer sozialen Fürsorge, unserer Wohlfahrts-Einrichtungen, durch die mit der Zunahme des allgemeinen Wohlstands eintretende Hebung der Lebenshaltung, durch die bessere Ernährung und Gesundheitspflege. Wir waren bedeutend gesünder und lebenskräftiger geworden. Es ist ein weitverbreiteter Irrtum, aber es ist ein Irrtum, wenn viele Leute glauben, daß das moderne Leben ungesund sei, daß die Leute heute, d. h. vor dem Kriege, nicht mehr so alt würden wie früher. Das Gegenteil ist richtig, wir werden heute viel älter als früher. In den 1860—1870er Jahren betrug das Durchschnittsalter beim männlichen Geschlecht $35\frac{1}{2}$ Jahre, im Jahre fünf 1906—1910 aber $46\frac{1}{2}$ Jahre; bei der Frau früher 38, jetzt 50 Jahre; also der einzelne hat jetzt durchschnittlich 11 bis 12 Jahre länger zu leben als früher. Wer bereits 15 Jahre alt geworden war, hatte früher nur noch 42 Jahre vor sich, 1906—1910 aber 47 Jahre, bei der Frau $43\frac{1}{2}$ bzw. $49\frac{1}{2}$. Diese Lebensverlängerung bedeutet aber doch, daß der einzelne 5—6 Jahre länger arbeiten konnte als früher. Diese Lebensverlängerung, die natürlich nicht nur wenigen bevorzugten Schichten zugute kam, sondern vor allem der Masse der arbeitenden Bevölkerung, ist der beste Beweis dafür, daß wir mit unserer Sozialpolitik auf dem rechten Wege waren, daß das für soziale Zwecke ausgegebene Geld nicht zum Fenster hinausgeworfen, sondern gut angelegt war. Sie ist aber auch die beste Widerlegung des sozialistischen Schlagwortes von der Verelendung der Masse. Denn wenn die Verelendungstheorie richtig wäre, dann müßte natürlich auch die Lebensdauer der Arbeiter verkürzt werden, sie müßten in viel jüngeren Jahren sterben als früher. In Wahrheit leben sie aber viel länger als früher, sie können also unmöglich so abgerackert, verelendet und entartet sein, wie in sozialdemokratischen Schriften und Versammlungen immer wieder verkündet wird.

Das Zusammenwirken von Natur, Kapital und Arbeit ernährte die 68 Millionen Deutsche in der Weise, wie wir sie

vor dem Kriege hatten, gewährte uns allen einen relativen Reichtum der Versorgung, jene Bequemlichkeit, die wir damals in unserer Unbescheidenheit nicht richtig würdigten, nach der wir uns aber heute alle, wie nach dem verlorenen Paradies, zurücksehnen.

Natürlich lebten wir auch vor dem Kriege nicht selbstgenügsam nur von dem, was das deutsche Land selbst hervorbrachte, wir mußten vielmehr die heimische Versorgung in großem Umfang durch Zufuhr vom Ausland ergänzen. Aber wir waren in der Lage, uns zu kaufen, was auf der einen Seite fehlte, weil wir auf der anderen Seite Überschüsse über unseren eigenen Bedarf zur Verfügung hatten. Unser größter Aktivposten war unsere Arbeitskraft, und wir benutzten das Produkt unserer Arbeitskraft, um dafür an Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu kaufen, was uns die Heimat selbst nicht geben konnte.

Das frühere Königreich Sachsen war natürlich nicht imstande, seine 5 Millionen Einwohner aus sich selbst zu erhalten oder auch nur zu beschäftigen. Wir brauchten die nordamerikanische Baumwolle und die argentinische und australische Wolle, damit unsere Spinner und Weber und Wirker etwas zu tun hatten, damit wir für die Chemnitzer Strümpfe und Handschuhe, für die Plauenschen Stickereien Brotgetreide, Fett, Kaffee, Tabak für uns selbst, und Futter für unser Vieh kaufen konnten. Auch Rheinland-Westfalen ist viel zu dicht bevölkert, als daß alle hätten satt werden können von dem, was der Boden dort an Nahrungsmitteln hervorbrachte. Aber es birgt die großen Kohlenschätze, und für die 430 Millionen Mark, für die wir Kohlen und Koks mehr ausführten, konnten Weizen, Fleisch usw. gekauft werden.

Aber unsere Beziehungen zum Weltmarkt geben vielleicht ein paar Zahlen am schnellsten Aufschluß.

Deutschland kaufte im Jahre 1913		und verkaufte selbst	
für 5000 Millionen Mark Rohstoffe		für 1520 Millionen Mark	
" 1240	" " halbfert. Waren	" 1140	" "
" 1480	" " fertige Waren	" 6400	" "
" 2760	" " Nahrungs- und		
	Genußmittel	" 1040	" "
" 290	" " lebende Tiere	" 7½	" "

Um einzelne besonders wichtige Waren hervorzuheben, so kauften wir für

744	Millionen Mark	Baumwolle und Baumwollgarn,
582	" "	Wolle und Wollengarn,
158	" "	Rohseide,
118	" "	Flachs, Hanf und Hebe,
94	" "	Jute,
22	" "	Sisal, Kapok usw.

1718 Millionen Mark,

zusammen also fast für $1\frac{3}{4}$ Milliarden Mark Rohstoffe für die Textilindustrie; die Baumwolle hauptsächlich aus Nordamerika, Agypten und Indien; die Wolle aus Argentinien, Brit.-Indien und Brit.-Südafrika; Flachs und Hanf aus Rußland und Indien; Jute aus Brit.-Indien, Seide aus Italien.

Rindshäute, Rohhäute und Kalbsfelle kauften wir für 430 Millionen Mark aus Argentinien, Brit.-Indien, Österreich-Ungarn, Rußland und Frankreich; Pelzwerk und Kaninchensfelle für 130 Millionen Mark, hauptsächlich aus Nordamerika; Kautschuk für 150 Millionen Mark, hauptsächlich aus Brit.-Indien, Brasilien, auch schon beträchtliche Mengen aus unseren Kolonten in Kamerun und Ostafrika.

Wir kauften für 335 Millionen Mark Rohkupfer, hauptsächlich von den Vereinigten Staaten; für 25 Millionen Mark Eisen- und Manganerze, vor allem aus Schweden, Spanien, Frankreich; Mangan aus Rußland; für 170 Millionen Mark Chilesalpeter.

Von Nahrungs- und Genußmitteln kauften wir für 420 Millionen Mark Weizen, den uns vor allen die Vereinigten Staaten, Rußland, Argentinien und Kanada lieferten; für 390 Millionen meist russische Gerste; für 150 Millionen Mark Kleie und Reisabfälle; für je 100 Millionen Mark Mais und Reis; für 220 Millionen Mark meist brasilianischen Kaffee; für 70 Millionen Mark Kakao; für 135 Millionen Mark Tabak; für 500 Millionen Mark Ölfrüchte; für je 200 Millionen Mark Felle, Milch, Butter und Bier.

Wir kauften für 290 Millionen Mark Kohlen und Roß, aber wir verkauften für 722 Millionen Mark.

Wir verkauften für 450 Millionen Mark Baumwollwaren, für 270 Millionen Mark Wollwaren und für 200 Millionen Mark Seidenwaren, dazu noch für 135 Millionen Mark Kleider und Pelzwaren. Maschinen verkauften wir für 680 Millionen Mark an das Ausland; unsere Eisenindustrie führte insgesamt vom Roheisen bis zur fertigen Maschine für über 2 Milliarden Mark aus. Zucker verkauften wir für 265 Millionen Mark, für fast ebensoviel Papier, Pappe und Waren daraus; Felle für Pelzwerk für 225 Millionen Mark; Bücher, Karten, Musikalien für 75 Millionen Mark; Kinderspielzeug für 100 Millionen Mark. Unsere chemische Großindustrie verkaufte der Welt für rund 200 Millionen Mark Anilin und andere Seerfarbstoffe und künstlichen Indigo.

Schon aus dieser flüchtigen Aufzählung sehen wir, wie vielfältig die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zum Auslande waren, wie wir durch unsere Arbeit uns unseren Lebensunterhalt verdienten.

Die in Deutschland vorhandenen Produktivkräfte — natürlicher Reichtum des Bodens und menschliche Arbeitskraft — konnten also nur durch die engste Verknüpfung mit dem Weltmarkt voll nutzbar gemacht werden. Allein auf uns selbst gestellt, hätten wir nicht gewußt, womit unsere überschüssigen Arbeitskräfte z. B. der Textilindustrie beschäftigen, oder wohin mit dem Überschuß unserer Eisen- und Kohlenproduktion, und auch nicht, woher die fehlenden Nahrungsmittel, um uns satt zu machen. Erst die Sicherheit und Stetigkeit der weltwirtschaftlichen Beziehungen gab die Möglichkeit dazu, brachte uns den vollen Genuß unseres Reichtums. Wir sind einfach auf den Weltmarkt angewiesen. Nur wer niemals einen Blick auf unsere Außenhandelsstatistik geworfen hat, kann hoffen, daß wir jemals unabhängig von der Außenwelt allein für uns selbst von den Produkten des deutschen Bodens und des deutschen Fleißes leben könnten. Wir brauchen das Ausland, und wir brauchen nicht nur einzelne Länder, sondern die ganze Welt als Käufer und Verkäufer.

Unsere Verarmung durch den Krieg: Weniger Land, weniger Kapital, weniger arbeitende Menschen.

Wir wollen jetzt einmal zusehen, wieviel von diesen Quellen des früheren deutschen Volkswohlstandes dauernd verschüttet — oder in andere Kanäle geleitet — ist, wieviel davon uns noch geblieben ist und wieder nutzbar gemacht werden kann.

Zunächst einmal das deutsche Land als Grundlage der landwirtschaftlichen Produktion und als Rohstoffquelle. Die Grenzen des neuen Deutschland stehen ja noch nicht fest, aber wir müssen leider damit rechnen, daß uns im Südwesten Elsaß-Lothringen abgeschnitten wird, daß im Norden ein Grenzstrich an Dänemark fällt, und daß im Osten statt der erhofften Verbreiterung der landwirtschaftlichen Grundlagen Deutschlands eine Verengung eintritt, weil hier die Polen mit ihren Ansprüchen auftreten.

Vom landwirtschaftlich=produktiven Standpunkt aus, für die deutsche Volksernährung, ist die Abtrennung von Elsaß-Lothringen ohne Bedeutung. Für unsere Hauptnahrungsmittel, für Brotgetreide und Kartoffeln, und auch in der Viehhaltung — Rindvieh und Schweine — blieb Elsaß-Lothringen hinter dem Reichsdurchschnitt zurück. Es konnte nichts an das übrige Deutschland abgeben, sondern war selbst auf Zufuhr von außen angewiesen. Auch die vorübergehende Besetzung der links-rheinischen Gebiete wird mehr nur lokale Schwierigkeiten zur Folge haben als eine dauernde Beeinträchtigung unserer Nahrungsmittelversorgung. Die rein landwirtschaftlichen Überschußgebiete in Nordschleswig werden uns fehlen, aber der in Betracht kommende Grenzstreifen ist nicht allzu groß. Viel ernster ist die im Osten von der Begehrlichkeit der Polen für die deutsche Volksernährung drohende Gefahr, denn hier handelt es sich um Überschußgebiete, die für die Brot- und Kartoffelversorgung Deutschlands außerordentlich wichtig sind. Ein Fünftel des

deutschen Brotgetreides und ein Fünftel der deutschen Kartoffeln wachsen in den bedrohten Provinzen Posen, Westpreußen und Ostpreußen. Die Überschüsse der drei Provinzen über ihren eigenen Bedarf bedeuten einen wichtigen, unersehblichen Beitrag zur Ernährung von Mittel- und Westdeutschland. Bei Verwirklichung der polnischen Pläne müßten wir mit einem starken Ausfall rechnen, denn es ist wohl als sicher anzunehmen, daß dann die Überschüsse nicht mehr nach Deutschland gehen würden, sondern in Polen selbst zurückgehalten würden. Denn Polen ist Zuschußgebiet, es kann seine dichte Bevölkerung nicht selbst ernähren, sondern braucht Nahrungsmittelzufuhren von außerhalb. Diese kamen bisher aus dem Südosten, aus der Ukraine. Aber bei der Feindschaft zwischen Polen und Ukrainern ist auf diese Lieferungen nicht zu rechnen. Die Polen werden deshalb wenigstens alles, was sie im eigenen Lande erzeugen, für sich festzuhalten suchen, nichts an uns herauslassen. Korn und Kartoffeln aus dem Osten, die bisher nach Berlin, Sachsen und dem rheinischen Industriegebiet gingen, werden in Zukunft nach den polnischen Industriegebieten, nach Warschau, Lodz und Sosnowicz gehen. Wenn es nicht gelingt, die polnischen Ansprüche zurückzudämmen, so müssen wir also mit einer Verkleinerung der landwirtschaftlichen Grundlage Deutschlands rechnen, müssen damit rechnen, daß Deutschland in Zukunft noch viel weniger als bisher imstande ist, sich durch seine eigene landwirtschaftliche Produktion selbst zu ernähren, daß es in steigendem Maße auf Zuschüsse von außerhalb angewiesen ist.

Das Land, das uns die Polen nehmen, wird uns dauernd fehlen. Aber auch auf dem uns verbleibenden Land können wir in den nächsten Jahren nicht auf dieselben Erträge rechnen wie vor dem Kriege. Der deutsche Boden ist in den vier Kriegsjahren ausgesogen worden. Es fehlten die Arbeitskräfte, um ihn zu bearbeiten wie im Frieden, und es fehlte vor allem der Dünger. Unsere intensive Landwirtschaft mit ihren hohen Ernteerträgen war nur möglich auf ganz stark gedüngtem Boden;

nur, indem wir dem Boden durch reichliche Düngung alles wieder zuführten, was er an Nährstoffen an die Pflanzen abgegeben hatte. Aber wir hatten vor dem Kriege jährlich etwa 750 000 Tonnen Chilesalpeter bezogen, die uns jetzt fehlten; und auch Stalldünger konnten wir viel weniger geben als früher; es fehlte der Dünger der Pferde, die für Kriegszwecke außer Landes waren, es fehlte der Dünger der vielen Millionen Schweine und Rinder, die wir hatten schlachten müssen; und der von dem zusammengeschrumpften Viehstand abfallende Dünger war auch viel schlechter als in Friedenszeiten, weil das Vieh nur viel schlechter gefüttert werden konnte als früher. Laubheu und Strohmehl geben eben einen viel schlechteren Dünger als Wiesenheu, Gerstenschrot und Ölfuchen. Der natürliche Stalldünger, dessen Wert vor dem Kriege auf jährlich $1\frac{1}{2}$ —2 Milliarden Mark geschätzt wurde, wird uns noch ein paar Jahre lang nur in schlechter Beschaffenheit und ungenügenden Mengen zur Verfügung stehen. Für den Chilesalpeter haben wir zwar den künstlichen Stickstoff aus den im Kriege von der Militärbehörde geschaffenen Riesenanlagen, die ja nicht mehr für die Sprengstoffherstellung gebraucht werden, aber der künstliche Stickstoff allein langt nicht einmal selbst für den laufenden Bedarf, noch viel weniger jetzt, wo es gilt, den ausgezogenen Boden wieder etwas mit Nährstoffen anzureichern. Kurz und gut, es wird im besten Falle jahrelang dauern, bis unser ausgehungertem Boden wieder dieselben Ernten geben kann wie vor dem Kriege. Und Voraussetzung dafür bleibt auch immer noch, daß der Landwirt nicht durch allzuviel behördliche Eingriffe in seiner Schaffensfreudigkeit gehemmt wird, daß sein Interesse an möglichst hohen Erträgen lebendig erhalten wird. Aber auch in diesem Falle bleiben wir auf das Ausland angewiesen, werden in noch viel größerem Umfange als bisher die unzureichende einheimische Ernährung durch Zufuhren von außen ergänzen müssen.

Wenn die Abtrennung der Grenzgebiete im Osten die Grundlagen unserer Ernährung gefährdet, so bedroht die Abtrennung

der Grenzgebiete im Westen unsere Rohstoffversorgung auf das ernsteste. Unsere wichtigsten heimischen Eisenerzlagerrstätten liegen in Lothringen; 70% unserer Eisenerze wurden dort gewonnen. Das Schwergewicht der deutschen Eisenindustrie war deshalb vor dem Kriege nach und nach von dem Ruhrgebiet, dem Erze folgend, nach Luxemburg-Lothringen verlegt worden. Durch den Verlust von Lothringen wird unserer Eisenindustrie ein lebensgefährlicher Stoß versetzt, denn diese für unser Wirtschaftsleben so bedeutungsvolle Industrie kann dann nur noch etwa den sechsten Teil ihres Erzbedarfes in Deutschland selbst decken, ist in Zukunft mit fünf Sechsteln auf das Ausland angewiesen; und, was das schlimmste dabei ist, die Hälfte davon stammt aus Frankreich, wir sind also ganz von dem guten Willen Frankreichs abhängig, und Frankreich hat uns noch niemals viel guten Willen gezeigt. Diese Bedrohung der deutschen Eisenindustrie bedroht die ganze wirtschaftliche Zukunft Deutschlands, denn vor dem Kriege führten wir jährlich für mehr als 2 Milliarden Mark Eisen und Eisenfabrikate aus und konnten mit diesen 2 Milliarden alles bezahlen, was wir vom Ausland an Weizen für unser Brot, an Gerste und Mais für unser Vieh, an Eiern, Öl und Fett, an Kaffee und Tee gebrauchten. Womit sollten wir denn künftig diese so unentbehrlichen Dinge bezahlen, wenn wir kein Eisen dafür zur Verfügung hätten?

Das Gedeihen der deutschen Eisenindustrie ist übrigens auch für Wohl und Wehe unserer einheimischen Landwirtschaft von Bedeutung, denn die Hochofenschlacke gibt das Thomasmehl, das wir als wertvollen Phosphordünger für unsere Felder ganz nötig gebrauchen. Der Rückgang der Eisenindustrie würde also unsere Ernährung in zweifacher Hinsicht gefährden.

Besser als beim Eisen liegen die Dinge an sich bei der Kohle. Das Schwergewicht unserer Kohlengewinnung liegt rechts des Rheines im Ruhrkohlenbecken. Die vorübergehende Besetzung der linksrheinischen Gebiete wird naturgemäß größere Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung besonders von Süddeutsch-

land zur Folge haben, die aber zu überwinden wären. Bedenklicher erscheint uns die Bedrohung des oberschlesischen Kohlengebietes durch die Polen. Wenn es den Polen gelingt, diese Gebiete vom Reiche abzusprengeu oder durch Entziehung der meist polnischen Arbeitskräfte mattzusetzen, so würde damit das gesamte Wirtschaftsleben von Ostdeutschland schwer getroffen. Die Polen werden natürlich kein Mittel unversucht lassen, um sich die Herrschaft über die oberschlesische Kohle zu sichern. Man ist sich in Deutschland offenbar noch gar nicht bewußt, wie Polen durch seine Ansprüche auf Posen und Westpreußen unsere Ernährung, wie es durch seine Ansprüche auf Oberschlesien unsere Industrie bedroht, uns in den Lebensnerv trifft. Die Zurückweisung der polnischen Anmaßungen sollte deshalb keine Parteifrage sein, sondern eine allgemeine deutsche Frage von allerhöchster Dringlichkeit, in der sich alle ohne Unterschied der Partei einig sein müßten.

Die Versorgung Deutschlands mit Kalisalzen für unsere Landwirtschaft und für unsere Industrie ist nicht gefährdet. Die Kalilager in Mitteldeutschland reichen noch auf Jahrhunderte hinaus, auch wenn der Bedarf beliebig weiterwächst. Aber eine Verschiebung zu unseren Ungunsten tritt wahrscheinlich auch hier ein. Bisher hatte Deutschland ein Kalimonopol; es war das einzige Land, in dem Kali in größeren Mengen vorkam; das Ausland mußte unser Kali unbedingt haben, und wir konnten ihm deshalb auch einen Preis vorschreiben, bei dem uns ein größerer Gewinn blieb. Das wird sich mit dem Verlust des Elsaß leider ändern, denn auch im Elsaß sind reiche Kalilagerstätten, die zur Versorgung des Weltbedarfs ausreichen würden. Beim Verlust des Elsaß hätten wir also kein Kalimonopol mehr, sondern müßten uns mit den Franzosen in den Weltmarkt teilen. Solange wir allein über Kali verfügten, konnten wir unsere Kalilieferungen davon abhängig machen, daß uns die anderen auch entsprechende Zugeständnisse machten, in Zukunft können wir einen solchen Druck kaum mehr aus-

üben, unsere handelspolitische Stellung ist viel schwächer als bisher.

Die Ausstattung Deutschlands mit Produktionsmitteln aller Art, mit Kapital, ist durch den Krieg auch sehr verschlechtert worden. Die unmittelbaren Zerstörungen waren ja, da wir den Feind im ganzen von unseren Grenzen fernhalten konnten, nicht so sehr groß. Aber wir haben 4 $\frac{1}{2}$ Jahre lang, statt wie früher unser Kapital jedes Jahr um 8—10 Milliarden Mark zu vermehren, vom Kapital gelebt. Unsere vorher wohlgefüllten Lager sind ausgeräumt, die Vorräte verbraucht, Wohnhäuser und Fabrikgebäude sind seit vier Jahren nicht mehr instandgehalten worden, neue Häuser nur in unzureichendem Maße gebaut worden; Maschinen und Werkzeuge sind abgenützt; unsere Verkehrsmittel sind ganz heruntergewirtschaftet und werden durch die Abgabe der 5000 Lokomotiven und 150 000 Wagen noch besonders schwer getroffen. Und weitere schwere Belastungen ähnlicher Art werden uns kaum erspart bleiben. Das eine ist sicher, daß, während Deutschland vor dem Kriege mit Kapital, mit allen technischen Hilfsmitteln der Produktion aufs beste ausgestattet war, es nach dem Kriege seine Arbeit mit einem unvollständigen, reparaturbedürftigen und heruntergewirtschafteten Apparat aufnehmen muß.

Endlich die deutschen Menschen, vor dem Kriege der wichtigste Aktivposten in unserer Wirtschaftsrechnung, auf dem im letzten Grunde unser großer wirtschaftlicher Aufschwung beruhte. Die genauen Kriegsverluste sind noch nicht bekannt, aber einiges sickert doch allmählich durch, was Schätzungen erlaubt. 1,6 Millionen Tote und 200 000 Vermißte, dazu noch die große Zahl der in der Heimat an den Kriegsfolgen Gestorbenen, zusammen also wohl mindestens 2 Millionen, die von vornherein ganz fehlen; dazu die vielen Krüppel und die große Zahl derer, die, ohne äußerlich verstümmelt zu sein, doch körperlich oder geistig durch den Krieg gelitten haben, die nicht mehr ihre alte Arbeitskraft und Arbeitslust besitzen. Man wird wohl nicht zu weit gehen, wenn man den Gesamtverlust an menschlicher Ar-

beitskraft mindestens auf 3 Millionen Vollarbeiter schätzt. 3 Millionen der kräftigsten, im besten Schaffensalter stehenden Männer. Die Gesamtzahl der hauptberuflich Erwerbstätigen betrug vor dem Kriege, wie wir gesehen hatten, $28\frac{1}{2}$ Millionen, aber unter den $28\frac{1}{2}$ Millionen waren auch $8\frac{1}{2}$ Millionen Frauen und 4 Millionen noch nicht 18 Jahre alter oder über 50 Jahre alter Männer, die zweifellos den Kriegsgefallenen und Kriegsinvaliden an wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit nicht gleichzusetzen sind. Wir können also annehmen, daß mindestens ein Neuntel, aber wahrscheinlich über ein Achtel der deutschen Arbeitskraft durch den Krieg vernichtet worden ist.

Unsere Aufgaben nach dem Krieg: Keine sozialistischen Experimente, sondern Ruhe und Ordnung und Arbeit.

Ziehen wir einmal die Bilanz. Die Grundlagen der deutschen Volkswirtschaft sind aufs tiefste erschüttert. Durch die Verkleinerung des deutschen Landes wird die Leistungsfähigkeit der einheimischen Landwirtschaft stark verringert und die wichtigste deutsche Industrie — die Eisenindustrie — in ihrem Fortbestand schwer gefährdet. Infolge unserer Kapitalarmut arbeiten wir schlechter und teurer als andere; und es fehlen uns die besten leistungsfähigsten Arbeitskräfte. Der Gesamtertrag der deutschen Volkswirtschaft, die Menge der zur Verteilung zur Verfügung stehenden Güter wird also viel, viel geringer sein als vor dem Kriege. Und von diesem geringeren Betrage werden wir noch einen großen Teil an unsere Feinde für Kriegsentuschädigungen aller Art abgeben müssen. Für uns selbst bleibt uns also fast nichts, wir sind arm, wir sind bettelarm geworden durch den Krieg. Und wenn wir nicht in Armut und Elend ganz zugrunde gehen wollen, dann müssen wir alle unsere Kräfte auf das äußerste anspannen. Deutschland war auch vor dem Kriege fleißig und gewann dabei, wie wir jetzt wehmützig er-

kennen, eine gute und reichliche Lebenshaltung, Deutschland wird nach dem Kriege noch viel, viel fleißiger sein müssen, bloß um nur einigermaßen sein Leben fristen zu können. Arbeiten und nicht verzweifeln, das muß jetzt mehr als je die Parole des deutschen Volkes sein. Arbeiten und nicht verzweifeln! Wenn wir richtig arbeiten, dann brauchen wir trotz alledem auch noch nicht zu verzweifeln. Wir müssen arbeiten, um den Ausfall an Arbeitskraft der Kriegsgefallenen und Kriegsbeschädigten zu decken, um für die Kriegsinvaliden und die Hinterbliebenen zu sorgen; wir müssen arbeiten, um unsere heruntergewirtschafteten Gebäude und Maschinen wieder in leistungsfähigen Zustand zu versetzen; wir müssen arbeiten, um die Forderungen der Feinde befriedigen zu können, und wir wollen arbeiten, um selbst leben zu können. Wir wollen arbeiten, um dem heimischen Boden abzugewinnen, was wir zum Leben brauchen, und um das, was der heimische Boden selbst nicht geben kann, gegen das Produkt unserer Arbeit vom Auslande einzutauschen.

Die populäre, durch sozialistische Schlagworte beeinflusste Meinung glaubte, daß alle Not ein Ende hätte, wenn das Kapital verteilt würde, nicht wenigen, sondern allen gleichmäßig zugute käme. Aber unsere Felder und Wiesen werden nicht größer, tragen nicht reichere Ernten, wenn sie, statt wenigen Großgrundbesitzern und vielen Bauern zu gehören, der Allgemeinheit gehörten. Und was soll uns die Verstaatlichung der Bergwerke nützen, wenn die Bergleute streifen, wenn nicht mehr Kohlen gefördert werden. Wir brauchen doch nicht Anteile von Kohlenwerken, sondern wir brauchen Kohle. Und bei allen anderen Industrien ist es das gleiche. Auf die Produktion kommt es an, und nicht auf die Besitzform. Wir müssen zunächst einmal unser Ackerland fleißig bearbeiten, um möglichst große Ernten herauszuwirtschaften, wir müssen die Kohlenförderung unserer Bergwerke steigern, um unsere Industrie in Gang zu bringen; wir müssen in allen Industrien soviel wie möglich zu produzieren suchen. Das ist die drängendste Sorge des Tages, hinter der alle anderen zurücktreten müssen. Die Sozialisierung

der Produktionsmittel, die Vergesellschaftung der Unternehmungen, von der jetzt so viel geredet und geschrieben wird, ist nicht entfernt so eilig. Denn die Bergwerke und Fabriken können ja nicht davonlaufen, heimlich ins Ausland gebracht werden, sie müssen hier bleiben; und wenn die Vergesellschaftung überhaupt möglich ist, dann kann sie ohne Schaden auch noch übers Jahr durchgeführt werden. Aber mit der Aufnahme der Arbeit können wir nicht so lange warten, jeder Tag der Arbeitslosigkeit bedeutet einen nicht wieder gutzumachenden Verlust. Wichtiger als alle sozialpolitischen, sozialistischen Experimente ist jedenfalls die Wiedereingangsetzung unseres wirtschaftlichen Apparates, die Wiederaufnahme und Steigerung der Produktion. Hinter der Steigerung der Produktion muß alles andere zurücktreten, zu gemeinsamer Arbeit müssen wir uns alle zusammenfinden.

Die Verkürzung der Arbeitszeit ist gewiß ein schönes, erstrebenswertes Ziel, aber es ist leider kein Zweifel darüber möglich, daß wir gegenwärtig von diesem Ziel weiter entfernt sind als je zuvor. Von acht oder neun arbeitenden Menschen fehlt jetzt einer; hatten die neun Leute früher vielleicht jeder täglich neun Stunden gearbeitet, so ergab das täglich 81 Stunden; die übriggebliebenen acht Leute müssen also in Zukunft täglich mindestens zehn Stunden arbeiten, damit insgesamt 80 Arbeitsstunden herauskommen. Also eine Stunde täglich müssen wir für die Kriegsoffer arbeiten: eine Stunde vielleicht, um die Kriegsschäden zu ersetzen, und ein bis zwei Stunden für unsere Feinde, um ihre Forderungen zu befriedigen; und wir selbst wollen doch auch noch leben. An sich drängt alles auf eine Verlängerung, nicht auf eine Verkürzung der Arbeitszeit, und wir wollen froh sein, wenn wir durch gute Organisation, durch arbeitsparende Methoden, durch Heranziehung aller bisher brachliegenden Kräfte zur Mitarbeit, und nicht zum wenigsten durch die notgedrungene Herabsetzung unserer Lebensansprüche diese Mehrarbeit auf ein möglichst geringes Maß herab-

drücken können. Was kann einem verarmten Volk, dem Land, Kapital und Arbeitskräfte fehlen, das mit Schulden gegenüber dem Auslande belastet ist — die inländischen Schulden sind viel weniger drückend —, anderes übrigbleiben als sparen und arbeiten? Steigerung der Produktion, Steigerung der Produktivität der Arbeit ist der einzige Weg, der uns aus dem Elend herausführen kann. Nur wenn wir viel produzieren, können wir auch wirklich viel verteilen. Wenn wenig produziert wird, müssen wir alle Not leiden.

Es braucht wohl nicht lang und breit ausgeführt zu werden, daß Frieden nach außen und Frieden und Ruhe im Innern die notwendigen Voraussetzungen für die Wiederaufnahme des Arbeitsprozesses sind. Der Frieden im Innern fast noch mehr als der äußere Frieden. Das Getriebe eines modernen Industrielandes wie Deutschland ist ein so komplizierter und empfindlicher Mechanismus, daß es nur auf dem sicheren Fundament ruhiger gefüglicher Zustände richtig arbeiten kann.

Selbst die Landwirtschaft, die fester im Boden wurzelt und deshalb an sich nicht so empfindlich ist, kann ohne Ruhe und Ordnung nicht gedeihen. Wenn der Landwirt fürchten muß, daß ihm seine Ernteüberschüsse gewaltsam oder doch nur gegen ungenügende Entschädigung abgenommen werden, dann hat er kein Interesse mehr an möglichst großen Erträgen, ist zufrieden, wenn er nur für seinen eigenen Bedarf genug erntet. Und ebenso gefährdet die Besitzunsicherheit die Erträge unserer Landwirtschaft. Es wird jetzt gern und viel von Sozialisierung der Landwirtschaft, Enteignung des Großgrundbesitzes geredet. Ehe man aber weiß, ob wir für die vielen hunderttausend neuen Bauernstellen, die wir an Stelle des Großgrundbesitzes setzen wollen, auch wirklich genug Bauern haben, ist das Reden von der Sozialisierung des platten Landes nicht nur ganz überflüssig, es ist auch gemeingefährlich. Unsere moderne intensive Landwirtschaft wirtschaftet doch nicht blind in den Tag hinein, sondern nach einem festen, weltanschauenden Plan. Schon die Feldereinteilung, die Fruchtfolge ist nicht auf ein einzelnes

Jahr berechnet, sondern auf eine Reihe von Jahren; ebenso die Viehhaltung, und die Düngerwirtschaft erst recht. Was der Landwirt heute dem Boden an Dünger zuführt, das fließt ihm erst übers Jahr, in ein paar Jahren in höheren Ernten wieder zu. Deshalb werden ja die landwirtschaftlichen Pachtverträge stets auf eine Reihe von Jahren, auf 12—18 Jahre oder länger, abgeschlossen, damit der Landwirt disponieren, damit er etwas in den Betrieb stecken kann. Es ist eine bekannte Tatsache, daß in den letzten Jahren vor Ablauf der Pachtzeit vielfach Raubbau betrieben, der Boden nur notdürftig bearbeitet und gedüngt wird, weil der Landwirt sich sagt, daß den Hauptvorteil von der Arbeit doch nicht er selbst, sondern sein Nachfolger hätte. Und in der Lage eines Pächters, dessen Vertrag demnächst abläuft, befinden sich jetzt alle unsere Landwirte, solange ihnen mit Sozialisierung, mit Enteignung gedroht wird. Der Gutsbesitzer, dem Wegnahme eines Teiles seines Bodens droht, wird seinen Viehstand nicht vermehren, denn er weiß nicht, ob er übers Jahr auch noch genug Futter und Weide dafür hat; er wird seinen Feldern keine Vorratsdüngung geben, denn vielleicht baut übers Jahr ein ganz anderer seine Kartoffeln, sein Korn darauf; er wird nicht planmäßig auf dauernd hohe Erträge hin wirtschaften, sondern mit möglichst geringem Aufwand möglichst rasch einigermaßen lohnende Ernten zu erzielen suchen. Wenn wir wollen, daß unsere Landwirtschaft wirklich möglichst bald wieder Hochleistungen erzielt — und wir brauchen doch diese Hochleistungen so bitternotig —, so dürfen wir sie nicht länger mit sozialistischen Experimenten beunruhigen.

Und noch viel unentbehrlicher ist Ruhe und Ordnung für unsere industrielle Tätigkeit. Unsicherheit und Gesetzlosigkeit lähmen jeden Unternehmungsgeist, und den wagemutigen, erfinderischen Unternehmungsgeist brauchen wir natürlich jetzt mehr als je zuvor. Es ist ganz ausgeschlossen, daß der pflichtgemäße Amtseifer unserer staatlichen oder kommunalen Bürokratie — auch wenn diese Bürokratie durch einige wohlmeinende,

aber nicht immer sachverständige Laien verstärkt wird — allein genügen könnte, um die ungeheurere Aufgabe der Wiederingangsetzung des Wirtschaftslebens einigermaßen richtig und rechtzeitig durchführen zu können. Dafür arbeitet der bürokratische Apparat viel zu schwerfällig und langsam. Staat und Gemeinde können wohl eine Zeitlang Arbeitslosenunterstützung zahlen, sie können auch eine beschränkte Zahl bei Notstandsarbeiten beschäftigen, aber nur die Unternehmer, die Arbeitgeber, sind in der Lage, der Masse der Arbeiter wirklich Arbeit zu geben. Arbeitslosenunterstützung und Notstandsarbeiten sind ein Notbehelf, mit dem der einzelne wohl über die schlimmste Zeit hinwegkommen kann, aber einem ganzen Volke kann niemals damit geholfen werden. Ein Volk als Ganzes lebt doch von der Menge der ihm zur Verfügung stehenden Konsumgüter, der Gegenstände des täglichen Bedarfs. Wenn auch Millionen Arbeitslosenunterstützung erhalten, so wächst zwar die Verschuldung von Staat und Gemeinde, aber es wächst damit doch in keiner Weise die Menge der Güter. Wenn es so weiter ginge wie bisher, könnte es dahin kommen, daß wir schließlich alle arbeitslos würden, alle von Staat oder Gemeinde oder Unternehmer unsere bedruckten Papierzettel als Arbeitslosenunterstützung erhielten und doch alle dabei verhungerten. Denn wenn niemand produziert, wirklich arbeitet, nützliche Werte, Verbrauchsgüter beschafft, dann können wir für das Geld der Arbeitslosenunterstützung auch nichts kaufen, selbst wenn die Unterstützungssätze noch so hoch bemessen werden. Und mit den Notstandsarbeiten liegt es im allgemeinen nicht viel besser. Notstandsarbeiten sind doch in den meisten Fällen nichts anderes als eine verkappte Arbeitslosenunterstützung, ein Versuch, die Arbeitslosenunterstützung für beide Seile etwas erträglicher zu machen, indem man eine Arbeitsleistung einschleibt, die aber meist ebensogut unterbleiben oder doch auf später verschoben werden könnte. Das Charakteristische der Notstandsarbeiten ist stets, daß sie nicht unbedingt nötig sind; wenn wir nötige Ar-

beiten auszuführen haben, brauchen wir keine Notstandsarbeiten. Die Notstandsarbeiten dienen also in der Regel auch nicht einem gegenwärtigen drängenden Bedarf, sondern irgendeinem Zukunftsbedürfnis: Kanäle werden gegraben, Straßen und Plätze angelegt, Ödlandereien kultiviert, von denen wir erst nach Jahren den Vorteil haben. Die deutsche Volkswirtschaft lebt aber jetzt von der Hand in den Mund, sie kann sich den Luxus so weit ausschauender, erst nach Jahren reisender Pläne eigentlich nicht leisten, sondern braucht Arbeit für die drängenden Tagesbedürfnisse, fertige Gebrauchsgüter, Brot, Kleidung und Heizung. Die Kultivierung der Lüneburger Heide ist gewiß eine ganz ausgezeichnete Sache, aber bis das Werk durchgeführt ist, bis der dürre Heideboden in fruchtbares Korn- und Kartoffelland umgewandelt ist, vergehen bestenfalls noch Jahre, Jahrzehnte. So lange können wir aber nicht warten, sondern wir brauchen das Brot sofort, noch vor der nächsten Ernte. Die Weiterführung des Mittellandkanals bis an die Elbe wird die Kohlenversorgung Sachsens aus dem Ruhrgebiet später einmal außerordentlich erleichtern; aber das kann noch zehn Jahre oder länger dauern, und die Hoffnung darauf ist nur ein schlechter Trost, wenn wir inzwischen erfrieren, oder unsere Industrie aus Kohlennot oder infolge der Eisenbahnsperre zum Erliegen kommt. Sofortige Steigerung der Kohlenförderung, sofortiger Bau von Lokomotiven und Eisenbahnwagen sind viel wichtiger als alle noch so schönen Kanalbauten. Gegenwartarbeit brauchen wir, Arbeit, die uns fertige, genutzfähige Gebrauchsgüter liefert oder doch zum Kauf von solchen verwendet werden kann.

Die Aufgabe besteht darin, über unsere Arbeitskraft und über unsere Materialien so zu disponieren, daß wir möglichst rasch verwertbare Produkte daraus erhalten. Es kann nun wohl keinem Zweifel unterliegen, daß diese Aufgabe im allgemeinen am besten von dem privaten Unternehmer erfüllt werden kann, weil dieser an dem raschen Umschlag seines Kapitals das allergrößte Interesse hat. Die öffentlichen Unternehmungen sind da-

gegen auf so rasche, kurzfristige Dispositionen nicht eingestellt, sie sind gewohnt, nach einem genauen Voranschlag und nach einem weitausschauenden Programm langsam und umständlich zu arbeiten. Das paßt aber nicht, wenn jede Stunde drängt, neue Entschließungen fordert. Vielleicht stellen sich die Behörden auch einmal auf die neuen Aufgaben um, aber bis dahin vergeht kostbarste, unwiederbringliche Zeit. Wir können nicht warten, bis die neuen Organe der Gemeinwirtschaft, der Vergesellschaftung der Produktionsmittel sich entwickelt haben, sondern wir müssen die vorhandenen Organe benutzen; wir haben den privaten Unternehmer zur Zeit noch dringend nötig und müssen ihm deshalb Bedingungen verschaffen, unter denen er sich einigermaßen entfalten, im Dienst der Organisation der deutschen Arbeit betätigen kann. Das Eigeninteresse und der Selbsterhaltungstrieb der Unternehmer wird unser Wirtschaftsleben wahrscheinlich viel schneller in Gang bringen, als es behördliche Reglementierung oder wissenschaftliche Theorie je vermöchte.

Von unsern Feinden haben wir nichts zu hoffen. Wir dürfen auch nicht hoffen, daß uns die Rettung durch irgendwelche soziale Theorien, durch irgendeine Umgestaltung unserer staatlichen oder sozialen Verfassung kommen könnte. Die Tatsache, daß uns keine äußere Macht, kein noch so schönes Weltbeglückungssystem aus unserm Elend plötzlich retten kann, sondern nur wir selbst durch Arbeit, durch harte unermüdete Arbeit, uns langsam wieder freimachen können, kann nicht fest genug in unser Herz und Hirn eingehämmert werden.

Organisation der Arbeit, nicht im parteipolitischen Sinne, sondern als Zusammenfassung und Nutzbarmachung aller im deutschen Volke vorhandenen Kräfte ist die wichtigste, die einzige Aufgabe dieser Zeit, hinter der alles andere zurückstehen muß, zu deren Lösung wir uns alle zusammenfinden müssen. Davon, ob und wie weit diese Organisation gelingt, hängt unsere Zukunft ab.

Die Stunde drängt. Der Staat, die gegenwärtig herrschenden Gewalten müssen einsehen, daß jetzt nicht Zeit zu Experimenten ist, daß die Produktionsform zur Zeit weniger wichtig ist, als daß überhaupt produziert wird, daß möglichst viel produziert wird. Deshalb dürfen sie niemanden, der zu produzieren bereit ist, verärgern und verängstigen, sondern müssen ihn durch Garantie von Ruhe und Sicherheit dazu ermutigen.

Die Arbeiter müssen einsehen, daß jetzt nicht die Stunde für die sofortige Verwirklichung all ihrer alten Hoffnungen ist, daß jedenfalls das Glück ihnen nicht von selbst in den Schoß fallen wird, sondern schwer erarbeitet werden muß.

Die Unternehmer müssen einsehen, daß die früheren Zeiten niemals wiederkehren können, daß sie niemals mehr wie früher die unumschränkten Herren und Leiter des Arbeitsprozesses sein können, und daß sie viel mehr als früher von dem Ertrag ihrer Unternehmungen an die Arbeiter, an die Allgemeinheit abgeben müssen.

Wir alle müssen einsehen, daß nicht müßiger Streit um schreibtiſchgeborene Weltanschauungen, sondern nur friedliches Zusammenarbeiten aller in praktischer Tat uns vorwärts bringen kann.

Das Ziel: Wiederbelebung unserer Produktion, und das Mittel: gemeinsame unermüdlige Arbeit, liegt klar vor uns; es ist deshalb auch vielleicht nicht so wichtig, die einzelnen Stappen auf dem Wege zu verfolgen. Wie und wo wir unsere Arbeit zuerst wieder aufnehmen, das hängt ja auch nicht von uns allein ab, sondern fast mehr noch von unseren Feinden, von der Gestaltung des Friedens.

Einzelne Schritte sind uns allerdings klar vorgezeichnet. Daß wir der Landwirtschaft alle Kräfte, die sie zur Steigerung ihrer Erträge braucht, zuführen müssen, steht ohne weiteres fest. Und in der industriellen Produktion steht in allererster Linie die Steigerung unserer Kohlengewinnung. Die Kohle ist unentbehrlich im Innern, um unser Verkehrswesen wieder in Gang zu bringen, und für alle unsere Industrien.

Die Kohle ist aber auch das wichtigste Tauschobjekt, der wichtigste Ausfuhrartikel, den wir haben. Wir müssen mit allen Kräften die Kohlenförderung steigern, um nicht nur selbst Kohle zu haben, sondern auch um Kohle ausführen zu können, um für Kohlen Korn und Fleisch und Baumwolle kaufen zu können. Denn womit sonst in aller Welt sollen wir denn diese Sachen kaufen? Mit unserem Papiergeld? Dafür gibt man uns nicht viel; eine Mark wird uns im Auslande kaum mit 50 Pfennig angerechnet. Mit Textilwaren? Aber um Textilwaren herstellen zu können, müssen wir ja bereits Baumwolle und Wolle haben. Die Kohle aber ist da, sie braucht nur gefördert zu werden. Wenn heute der Bergmann in der Grube seine Kohle fördert, dann können wir sie morgen schon ans Ausland verkaufen, vom Ausland dafür andere lebensnotwendige Artikel eintauschen. Es ist kein Zweifel, daß die Steigerung der Kohlenförderung unsere allererste Aufgabe sein muß; die Störung der Kohlenförderung durch die wilden Streiks in Oberschlesien und im Rheinland ist deshalb Wahnsinn und ein Verbrechen am ganzen deutschen Volke.

Die Kohlenförderung muß unbedingt sofort in Gang gebracht werden, und während wir vor dem Kriege 25—30 Millionen Tonnen Kohlen jährlich ins Ausland mehr ausführten als einfuhrten, werden wir versuchen müssen, diese Ausfuhr mit allen Kräften zu steigern, vielleicht zu verdoppeln.

Bei der Wiederaufnahme der Kohlenproduktion ist uns unser Weg also ganz klar und unzweideutig vorgezeichnet, und es liegt auch nur an uns selbst, ob wir diesen Weg entschlossen gehen wollen, denn Kohle und Arbeiter sind da, wir müßten sie nur ausnutzen. Wir sind dabei jedenfalls ganz unabhängig vom Auslande. Bei den meisten anderen Industrien sind wir nicht so unabhängig; wir brauchen trotz aller Kriegsersatzstoffe das Ausland als Rohstofflieferant, und wir brauchen es als Käufer für unsere Fabrikate, und angesichts der Drohungen mit dem Wirtschaftskriege, mit der Rohstoff- und Absatzsperre seitens unserer Gegner scheinen die Aussichten dafür nicht besonders

günstig. Nun dürfen wir diese Drohungen mit dem Wirtschaftsboykott nicht zu leicht nehmen, denn an der Absicht unserer Feinde, uns auch wirtschaftlich tot zu machen, können wir nicht zweifeln. Aber wir brauchen sie vielleicht auch nicht allzu tragisch zu nehmen, denn über allem Nationalhaß und Konkurrenzneid hinaus besteht eben doch eine Art weltwirtschaftlicher Interessengemeinschaft. Ein 70-Millionen-Volk wie das deutsche, mit solcher wirtschaftlichen Satkraft und Vergangenheit, ist als Käufer und Verkäufer so wichtig, daß die Weltwirtschaft sich selbst aufs schwerste schädigen würde, wenn sie das deutsche Volk wirtschaftlich tot schließe. Die Welt verkaufte uns — einschließlich unserer Wiederausfuhr — vor dem Kriege jährlich für 5 Milliarden Mark Rohstoffe und für 3 Milliarden Mark Nahrungs- und Genußmittel; sie wird uns auch nach dem Kriege mindestens einen großen Teil davon verkaufen wollen, verkaufen müssen. Aber wenn uns die Welt ihre Rohstoffe verkaufen will, dann muß sie uns auch unsere Fabrikate abnehmen, denn außer unseren Fabrikaten haben wir nichts, womit wir die Rohstoffe bezahlen könnten. Wir können und müssen also unsere Exportindustrien allmählich wieder aufbauen. Natürlich können wir nicht einfach da wieder anknüpfen, wo die Verbindungen durch den Krieg abgerissen wurden; wir werden vielfach ganz von vorn anfangen müssen; wir dürfen auch nicht hoffen, daß nun die alten Exportindustrien wieder in gleicher Reihenfolge an ihren früheren Platz treten. Für manche Industrie, die früher eine unbestrittene Stellung auf dem Weltmarkte besaß, haben sich in der Zwischenzeit die Verhältnisse von Grund auf verschoben, es ist eine Konkurrenz entstanden, die sich nie wieder verdrängen läßt. Unsere chemische Industrie wird wahrscheinlich ihre alte Vormachtstellung in vollem Umfange niemals zurückerobern können; andere Industrien wieder — wie einzelne Metallindustrien — sehen sich in der Rohstoffbeschaffung bedroht. Kurz, eine Fülle neuer Aufgaben wartet unser auf dem Weltmarkt. Aufgaben, die natürlich niemals durch einen schwerfälligen bürokratischen Apparat gelöst werden können,

sondern nur durch den Spürsinn und Wagemut des auf eigene Rechnung und Gefahr handelnden Kaufmanns und Unternehmers.

Die Lage ist ernst, bitter ernst. Einzelne Unternehmungen, einzelne Industriezweige, denen die Anpassung an die neuen Verhältnisse nicht möglich ist, werden sicher zugrunde gehen, und es wird sicher jahrelang dauern, bis nach den tiefen Erschütterungen des Krieges und der Revolution wieder einigermaßen ein wirtschaftlicher, weltwirtschaftlicher Beharrungszustand hergestellt ist. Aber die Lage ist nicht hoffnungslos. Wir dürfen uns durch die drohende Belastung nicht schrecken lassen. Die großen Zahlen haben im Krieg ihr Bedrohliches verloren; sie stehen vielfach nur auf dem Papier; die tatsächliche Belastung ist meist viel geringer und hat vor allem ihre festen Grenzen an der sachlichen Undurchführbarkeit. Auch unsere Feinde können von uns nicht Unmögliches verlangen. Wenn wir selbst aber alles Mögliche von uns verlangen, alle unsere Kräfte aufs äußerste anspannen, dann wird uns auch der Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft gelingen. Die alten guten Zeiten vor dem Kriege werden zwar so bald nicht wiederkehren. Aber ein bescheidenes gesichertes Dasein können wir uns vielleicht doch wieder erringen. Es liegt nur an uns selbst, ob wir uns dieses bescheidene Dasein sichern oder ganz im Elend verkommen wollen. Denn das ist klar, wenn wir uns nicht bald besinnen und rasch entschlossen an die Arbeit gehen, dann kommt der völlige Zusammenbruch, dauerndes Elend und hoffnungslose Verarmung für uns alle. Wollen wir es wirklich dahin kommen lassen?

Bücher zur neuen Zeit

Politik u. Massenmoral. Von Dr. U. Christensen. Geh. M. 3.—, geb. M. 3.60

„Das Unterste ist, was auf dem Grenzgebiete, wo Ethik, Sozialphilosophie und Politik aneinanderstoßen, seit Jahren veröffentlicht worden ist.“ (Deutsche Schule.)

V. deutsch. Volk 3. deutsch. Staat. Eine Geschichte des deutsch. Nationalbewußtseins. Von Professor Dr. B. Joachimien. (MUS Bd. 511.) Kart. M. 1.60, geb. M. 1.90

„... So recht eigentl. ein Abriß deutscher Geschichte, deutscher Volks- und Geistesentwicklung überhaupt.“ (Berliner Tageblatt.)

Staatsanschauungen. Quellenstücke zur Geschichte des Staatsgedankens von der Antike bis zur Gegenwart zusammengestellt v. Prof. Dr. P. Rühlmann. Steif geb. M. 2.—

„Die Zusammenstellung berücksichtigt besonders die absolutistische Staatstheorie, die Volkssouveränitätstheorie, liberale und konservative Staatsauffassung sowie die Staatsidee in der sozialistischen Theorie.“

Begriff der staatsbürgerlichen Erziehung. Von Georg Kerschensteiner. 3., verbesserte und wesentlich vermehrte Auflage. Geh. M. 1.50, geb. M. 2.—

„Kerschensteiner vertritt einen Idealismus, mit dem sich psychologischer Realismus eigenartig verwebt.“ (Dtich. Lit.-Ztg.)

Die deutsch. Parteiprogramme. Von Prof. Dr. F. Salomon. 2. Aufl. Heft I: Von 1848—1871. Steif geb. M. 1.80. Heft II: Von 1871—1912. Steif geb. M. 1.80

Staat und Kirche in ihrem gegenseitigen Verhältnis seit der Reformation. Von Dr. Pastor A. Pannische. (MUS Bd. 485.) Kart. M. 1.60, geb. M. 1.90

„Die Fundgrube für alle kirchenpolitischen Entscheidungen.“ (Christl. Freiheit.)

1848. S. G. s. Vorträge. V. Prof. Dr. D. Weber. 3. Aufl. (MUS 53.) Kart. M. 1.60, geb. M. 1.90

„Sucht die Beweggründe der Stände und Parteien klarzustellen und hebt den deutsch-nationalen Aufschwung jenes Jahres hervor.“

Geschichte d. franz. Revolution. Von Prof. Dr. F. Bitterauf. 2. Aufl. (MUS Bd. 345.) Kart. M. 1.60, geb. M. 1.90

„Recht klar sind u. a. die Parteiverhältnisse und die sozialen Ideen behandelt.“ (Blätter f. d. bayer. Gymnasien.)

Aber die Zusammenh. zwischen innerer und äußerer Politik. Von Geh. Rat Prof. Dr. H. Dorn. Geh. M. 1.—

„Behandelt das Problem in prinzipieller Erörterung von Ranke's Ideen ausgehend, wie in geschichtl. Betrachtung der Wechselwirkungen beider Sphären in der preussisch-deutschen Entwicklung des 18. Jahrhunderts.“

Auf sämtliche Preise Steuerzuschläge des Verlags und der Buchhandlungen

Grundzüge der Volkswirtschaftslehre. Von Prof. W. Geleznoff. Nach einer vom Verf. für die deutsche Ausgabe vorgenommen. Neubearb. d. russisch. Originals überetzt von Dr. E. Mitschul. Geh. M. 10.—, geb. M. 13.—

„Das Werk will mit den wichtigsten Problemen der Nationalökonomie vertraut machen und zum nationalökonom. Denken erziehen.“

Allgem. Volkswirtschaftslehre. Von Geh. Oberreg.-Ra Prof. Dr. W. Lexis. (Die Kultur der Gegenwart. Hrgg. von Prof. P. Hinneberg. II, Abt. X, 1.) 2. Aufl. Geh. M. 7.—, geb. M. 9.—, in Halbfranz M. 15.—

„Ein geistvolles Werk, in dem Verfasser seine durch vielseitige Studien angereichte Stellung zur Volkswirtschaftslehre niedergelegt hat.“ (Lit. Zentralblatt.)

Das Problem der Valuta-Entwertung. V. Geh. Reg.-Rat Dr. L. Pohle. Geh. M. 1.20

„Der Zusammenhang zwischen Valuta-Entwertung und dem Sinken der Kaufkraft des Geldes im Inland. Wirkungen der Valuta-Entwertung. Reformvorschläge.“

Sozialpolitik. Von Geh. Hofrat Prof. Dr. D. v. Zwiédineck-Südenhorst. Geh. M. 9.20, geb. M. 10.—

„Das Handbuch baut sich auf überaus reiche praktische Erfahrung auf.“ (Zeitschrift für bad. Verwaltung.)

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung. Von Geh. Hofrat Prof. Dr. D. v. Zwiédineck-Südenhorst. 2. Aufl. (MUS Bd. 78.) Kart. M. 1.60, geb. M. 1.90

„Die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen und Wirkungen des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung werden in anregender und gründlicher Weise erörtert.“ (Deutsche Literaturztg.)

Das Genossenschaftswesen in Deutschland. Von Prof. Dr. Wygodzinski. Geh. M. 6.—, geb. M. 6.80

„Wer sich über den Stand des Genossenschaftswesens in Deutschland informieren will, wird das übersichtlich gehaltene Buch mit großem Nutzen zur Hand nehmen.“ (Die neue Zeit.)

D. wirtschaftl. Organisationen. Von Prof. Dr. E. Lederer. (MUS Bd. 428.) Kart. M. 1.60, geb. M. 1.90

„Stellt die Bestrebungen der Interessensorganisationen dar und legt ihr Verhältnis zu jenen der politischen Parteien fest.“ (Dorn's Volkswirtschaft. Wochenschr.)

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin